

Mag.^a Beate Meini-Reisinger, MES
 Bundesministerin
 Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn
 Präsidenten des Nationalrates
 Dr. Walter Rosenkranz
 Parlament
 1017 Wien

Wien, am 11.07.2025

GZ. 2025-0.385.778

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Meri Disoski, David Stögmüller, Kolleginnen und Kollegen, haben am 13. Mai 2025 unter der Zl. 2318/J-NR/2025 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Position Österreichs zur humanitären Notsituation in Gaza sowie zur Einhaltung des Völkerrechts sowie des humanitären Völkerrechts seitens der Regierung Netanjahus“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1, 2 und 4:

- *Österreich setzt sich nachdrücklich für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts sowie für den Ausbau der internationalen Rechtsstaatlichkeit ein. Welche Schritte hat das BMEIA bezüglich der Einfuhrsperre der Humanitären Hilfslieferungen seit März 2025 seitens Israels in der jüngsten Vergangenheit gesetzt, um den Druck auf die israelische Regierung diesbezüglich zu erhöhen, mit dem Ziel, die Einfuhrsperre aufzuheben? Wann wurden diese gesetzt? Welche diplomatischen Schritte werden angesichts der sich zuspitzenden Lage in Gaza gesetzt, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern? Welche Maßnahmen wurden und werden auf EU Ebene gesetzt, um auf die verheerende Lage und die massiven Verletzungen des Völkerrechts seitens der israelischen Regierung entsprechend zu reagieren?*
- *Mit welchen humanitären Akteuren ist das BMEIA in Kontakt, um sich ein konkretes, möglichst unabhängiges Bild von der Lage zu machen?*

- *Eine der führenden Hilfsorganisationen in Gaza, World Central Kitchen, schloss am 8.5.2025 ihre Suppenküchen aufgrund nicht mehr vorhandener Lebensmittel. Welche Informationen zur Versorgungslage und zu diesem konkreten Fall hat das BMEIA bisher erhalten? Welche Schritte setzte das BMEIA in Kooperation mit anderen, auf internationaler bzw. EU Ebene oder bilateral, nach Erhalt dieser Informationen, die de facto bedeuten, dass nun tatsächlich alle noch vorhandenen Lebensmittelreste aufgebraucht sind, um eine größere Menge an Essen für die Zivilbevölkerung zur Verfügung zu stellen?*

Ich bin über die unerträgliche Versorgungslage im Gazastreifen zutiefst besorgt. Eine Waffenruhe muss dringend vereinbart werden, alle Geiseln freigelassen und humanitäre Hilfslieferungen in ausreichendem Umfang aufgenommen werden. Denn die am 19. Mai 2025 wieder aufgenommenen Hilfslieferungen sind auch aus Sicht der Vereinten Nationen (VN) unzureichend.

Es ist völlig klar, dass Israel das humanitäre Völkerrecht achten muss und endlich dafür sorgen muss, dass die Zivilbevölkerung im Gazastreifen ausreichend humanitäre Hilfe erhält. Daher habe ich mehrfach – sowohl bilateral im direktem Austausch mit israelischen Entscheidungsträgern als auch gemeinsam mit anderen Staaten – konsequent und nachdrücklich die vollständige Wiederaufnahme humanitärer Hilfsleistungen im Einklang mit humanitären Prinzipien gefordert. Dies war selbstverständlich auch im Rahmen meines Arbeitsbesuchs in Israel am 30. Juni 2025 Kernbotschaft meiner Gespräche mit dem Außenminister von Israel, Gideon Sa'ar.

Österreich unterstützte bereits zuvor eine Erklärung von 24 Staaten vom 19. Mai 2025, in der die sofortige und vollständige Wiederaufnahme humanitärer Hilfe gefordert wird. Am 2. Mai, 2. April und 9. März 2025 gab es öffentliche Erklärungen des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMEIA) zu diesem Thema. Am 12. Juni 2025 unterstützte Österreich eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die ebenfalls umfassende humanitäre Hilfe und einen Waffenstillstand fordert.

Am 27. Mai 2025 traf ich den Hochkommissar der Vereinten Nationen (VN) für Menschenrechte, Volker Türk, um mich unter anderem über die humanitäre Lage im Gazastreifen auszutauschen. Zudem findet neben einer engen Koordination mit anderen Geberländern ein fortlaufender, reger Austausch mit weiteren VN-Organisationen und humanitären Akteuren wie dem Roten Kreuz, der Caritas und Ärzten ohne Grenzen statt. Mit der Organisation World Central Kitchen gab es keinen direkten Austausch.

Zu Frage 3:

- *Gibt es bereits konkrete Pläne, Mittel aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) bzw. ADA Budgetlinien für Gaza zur Verfügung zu stellen, sobald die Hilfe zur notleidenden Bevölkerung gelangen kann?*
- *Wenn ja, wann und wieviel aus dem AKF und wieviel aus ADA-Mitteln? Welche Organisationen werden unterstützt?*

Seit Beschluss des Budgets durch den Nationalrat am 18. Juni 2025 ist eine konkrete Mittelausschüttung aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF) bzw. aus relevanten Budgetlinien der Austrian Development Agency (ADA) möglich. Angesichts der katastrophalen humanitären Lage in Gaza handelt die Bundesregierung unmittelbar und stellt mit Ministerratsbeschluss vom 25. Juni 2025 dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) drei Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds des BMEIA zur Verfügung, um notleidende Menschen vor Ort zu versorgen und die humanitäre Krise zu entschärfen.

Zu Frage 5:

- *Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) hat am 21. November 2024 Haftbefehle gegen den israelischen Ministerpräsident Benjamin Netanjahu, den ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant und den inzwischen getöteten Hamas-Führer Mohammed Diab Ibrahim Al-Masri Deif (Mohammed Deif) erlassen. Allen Beschuldigten wird vorgeworfen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben. Wie wird sich Österreich verhalten, wenn Ministerpräsident Netanjahu österreichischen Boden betritt bzw. wie wäre Österreich darauf vorbereitet?*

Österreich ist Vertragspartei zum Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshof (IStGH). Alle Vertragsparteien sind völkerrechtlich verpflichtet, Haftbefehle des IStGH umzusetzen, so auch Österreich. Die Frage eines Besuchs von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in Österreich stellt sich jedoch aktuell nicht.

Zu Frage 6:

- *Angesichts der Entwicklungen im Nahost-Konflikt kommt die Zusammenarbeit der EU mit Israel auf den Prüfstand: Nach Angaben von EU-Chefdiplomatin Kaja Kallas wurde vereinbart, bei einem Außenministertreffen in knapp zwei Wochen zu überprüfen, ob Israel sich noch an Grundprinzipien des Assoziierungsabkommens hält. Wie wird Österreich sich dazu positionieren? Welche weiteren Möglichkeiten auf EU Ebene gibt es, um die Beendigung der Blockade der Hilfslieferungen seitens Israels herbeizuführen? Welche Vorschläge bringt Österreich ein?*

Die Hohe Vertreterin der Europäischen Union (EU) für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Kaja Kallas, kündigte im Rat für Auswärtige Angelegenheiten am 20. Mai 2025 eine Überprüfung von Artikel 2 des EU-Israel-Assoziierungsabkommens an. Artikel 2 des Abkommens legt fest, dass die Beziehungen auf der Achtung der Menschenrechte und demokratischen Grundsätze beruhen. Österreich tritt stets für die Einhaltung der Menschenrechte ein und stand daher einer Überprüfung von Artikel 2 offen gegenüber. Die Überprüfung kam am 20. Juni 2025 zum Ergebnis, dass Menschenrechte verletzt werden. Österreich sieht den Assoziationsrat als das geeignete Forum, um dort auf Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen und auf den Inhalt internationalen Rechts zu bestehen. Es ist daher sehr wichtig, den Dialog mit Israel aufrechtzuerhalten, weshalb Österreich eine Aussetzung des Abkommens nicht befürwortet.

Mag.^a Beate Meinl-Reisinger, MES